

Reibung als Chance

Plädoyer für eine Stadt in Vielfalt

geschrieben von Daniela Schneckenburger

Der Blick auf Klingelschilder zeigt: Deutschland ist vielfältiger geworden. Und ja: Das zeigt sich nicht nur an den Namen, es zeigt sich auch im Stadtbild. Kulturelle Diversität gehört zu den Städten – hier mehr, dort weniger. Sie ist gelebte Globalisierung.

Kulturelle Diversität durch Migration ist nicht neu. Und sie war auch in der Vergangenheit mit Anpassungskonflikten verbunden: auf Seiten der Neuen wie der Eingesessenen. Auslöser von Migrationsbewegungen waren häufig Probleme auf dem Arbeitsmarkt der aufnehmenden wie auch der abgebenden Gesellschaften. Schon die ostpreussische Einwanderung von Arbeitskräften ins Ruhrgebiet des frühen 20. Jahrhunderts verlief nicht problemfrei, ebenso wenig die Zuwanderung von Menschen durch Anwerbeabkommen ab den 1960er Jahren. Es begegneten einander eben nicht nur Arbeitskräfte in den Zechen und Werkhallen Deutschlands, die Arbeitskraft gegen Lohn tauschten. Sondern auch Nachbarn in ihrem städtischen Umfeld, in Kirchengemeinden, Sportvereinen und auf anderen Marktplätzen des öffentlichen und gemeinschaftlichen Lebens: Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten, mit verschiedenen kulturellen Identitäten und Praxen.

Hinzugetreten ist die gewachsene Individualisierung in postmodernen Gesellschaften. Das wärmende Herdfeuer des gemeinschaftlichen Tatort-Erlebnisses hat sich aufgelöst in eine Vielzahl medial vermittelter Realitätsausschnitte, die miteinander in Kontakt oder in Konflikt treten und das gemeinsame Erleben und die gemeinsame Sicht stärker auflösen denn je. Die demokratische Öffentlichkeit selbst ist mit den Angriffen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem Reichweitenverlust der lokalen Printmedien in Gefahr. Eine Stadtgesellschaft, die sich in Milieus auflöst, die den Kontakt zueinander verlieren: Das ist zunehmend die Realität, mit der Verwaltungen, Räte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister umgehen müssen. Ihre Aufgabe ist es nun mehr denn je, die Stadt zusammenzuhalten.

Die Instrumente der Integration sind in den Städten vielfach erprobt. Sie gehören zu einem akzeptierten Instrumentenkasten der kommunalen Verwaltungen, über den im Grunde nicht gestritten wird: Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration, Zugang zu Bildung und Betreuung, Aufbau von Selbsthilfestrukturen durch die Förderung von Migrantenselbstorganisationen, interkulturelle Öffnung der Verwaltungen: Die Städte haben im Feld der Integration viel gelernt. Zu Recht beklagen sie aber, dass Bund und Länder der Daueraufgabe Integration nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit begegnen wie der Steuerung von Migration. Es gibt keinen verbindlichen Rechtsrahmen auf Länder- oder Bundesebene, der Integrationsaufgaben beschreibt, mit Instrumenten und Zielen verbindet. Und auch keinen, der sie nachhaltig finanziert. Die brachiale Kürzungsabsicht der Bundesregierung, für den Haushalt 2025 die Finanzierung von Integrationskursen um 50 Prozent vorzusehen (die am Ende wieder zurückgenommen wurde), zeigt: Die Erkenntnis, dass Integration eine staatliche Daueraufgabe ist, muss noch weiter wachsen. Ebenso die Erkenntnis, dass jemand diese Daueraufgabe erfüllen muss, wenn man das Feld der kulturellen Vielfalt nicht als strategisches Spielfeld dem Rechtspopulismus überlassen will. Darum bleibt Integration eine zwar notwendige, aber in der Form der Ausgestaltung den Kommunen überlassene Aufgabe. Die Städte stellen sich ihr, weil sie wissen, dass Integration der Kitt der Stadtgesellschaft ist.

Je stärker der Druck vom politischen rechten Rand geworden ist, desto mehr ist es notwendig, sich (wieder einmal) darüber zu verständigen, welches Bild von Gemeinschaft wir haben: Sind wir eine Gemeinschaft in Vielfalt, die Diversität anerkennen und sogar wertschätzen will? Ist »das Andere« damit Teil eines kulturellen Reichtums, der in Kontakt und Dialog mit uns tritt, dessen Formen der Erklärung und damit der Orte bedürfen, an denen »das Andere« auch explizit zum Thema, wo nötig auch zum Streitthema gemacht werden kann? Oder verfolgen wir das Zielbild einer Leitkultur, auf

die hin sich das Neue, das Andere einfach hinzuentwickeln hat?

Eine Stadt in Vielfalt und gegenseitiger Wertschätzung, getragen von Verfassungspatriotismus und damit dem Bekenntnis zu unserem wertebasierten Grundgesetz: Damit ist der Rahmen gesetzt, um die kulturelle Reibung, die Integration erzeugt, bearbeiten und miteinander aushandeln zu können. Darum braucht es neben der Hardware von Arbeitsmarktintegration, Wohnungsangeboten, Schulplätzen noch ein Mehr. Kulturelle Projekte in den Städten, offene Erfahrungsräume in kulturellen Kontexten, interreligiöse Dialogformen, Formate der Erinnerungskultur in den Städten, dritte Orte oder Stadtteilzentren eröffnen den Raum, um gesellschaftliche Triggerpunkte aufzuspüren. Erinnerungskultur ist dabei bedeutsam, um einander das gemeinsame Land zu erklären und die Spuren auszudeuten, die die Geschichte in den Städten, ihren Bauwerken und Straßen, aber auch den Herzen der Menschen hinterlassen hat. Reibung erzeugt eben auch Wärme. Das ist eine Chance.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 12/2025](#).